Erfolg für die Deutsche Schmerzliga

Petitionsausschuss gegen Austauschpflicht

— Der Petitionsausschuss hat dafür plädiert, starke Schmerzmittel von der Austauschpflicht auszunehmen. In einer Anhörung vor Jahresfrist hatte Dr. Marianne Koch, die Ehrenpräsidentin der Deutschen Schmerzliga, vorgetragen, dass die Wirkstoffmenge in Generika zwischen 80 und 120% des Originalmedikaments betragen dürfe. Diese Spanne führe dazu, dass Patienten immer wieder neu eingestellt werden müssten, wenn ihre Kasse neue Rabattverträge abgeschlossen habe. Dies sei für die Betroffenen ein Kraft raubender Prozess, auf den bis zu 2.500 Suizide im Jahr zurückzuführen seien. Der Petitionsausschuss nahm diese Argumente ernst. Die Petition und das Votum des Ausschusses wurden dem Gesundheitsministerium und den Fraktionen übermittelt. Es sei unmöglich, dass ein Arzt die Rabatt-

verträge bei der Medikamenteneinstellung berücksichtige. Der Arzt könne aber einen Austausch verhindern, wenn er „aut idem“ ankreuze, sagt der Palliativmediziner Dr. Thomas Sitte, Vorsitzender der Deutschen Palliativ-Stiftung. Damit werde er auffällig und könne in den Verdacht der Vorteilsnahme kommen. Das Gesundheitsministerium hat in seiner Stellungnahme darauf verwiesen, dass der Apotheker im Einzelfall auch heute schon vom Austausch absehen könne. Er habe das jedoch noch nie erlebt, sagte Sitte der „Ärzte Zeitung“. Es komme allerdings häufiger vor, dass entgegen ärztlichem Verbot substituiert werde. Laut der Deutschen Schmerzliga sind etwa 6,9 Millionen Einheiten von insgesamt 200 Millionen im Jahr verordneten Einheiten an Schmerzmitteln betroffen.

Andreas Fischer

© photos.com

Ostdeutschland unterversorgt

Lange Wartezeiten für Schmerzpatienten

— In Sachsen-Anhalt warten Schmerzpatienten bis zu acht Jahre auf eine schmerztherapeutische Behandlung. Auch in anderen Regionen wie Bremen (6,5 Jahre) oder Berlin (fünf Jahre) ist die Wartezeit sehr lang. Darauf wies der Berufsverband der Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten in der Schmerz- und Palliativmedizin (BVSD) hin. Der Verband hat die Ergebnisse einer Ärzte-Umfrage zur Versorgung von Patienten mit chronischen Schmerzen in einem Weißbuch zusammengefasst. Ein Grund sei der große Mangel an Schmerztherapeuten. Bei bundesweit etwa drei bis fünf Millionen Patienten mit chronischen Schmerzen sind in Deutschland 1.027 Ärzte ambulant schmerztherapeutisch tätig. Jeder vierte befragte Schmerztherapeut gab an, sein Honorar sei seit 2008 gesunken, nur 17% der Befragten verzeichneten im Jahr 2010 steigende Honorare. Rund die Hälfte der Schmerztherapeuten sei in den vergangenen drei Jahren durch Regresse bedroht worden, teilt der BVSD mit.

Florian Staack

Mehr Rezepte erforderlichlich

Schmerzmittel nur noch vier Tage

© Andrew Barker/fotolia.com

Das BfArM beantragt, größere Mengen einiger OTC-Analgetika rezeptpflichtig zu machen.

— Diverse OTC-Analgetika werden möglicherweise schon bald nur noch begrenzt rezeptfrei sein. Entsprechende Änderungen an der Arzneimittelverschreibungsverordnung (AMVV) hat der zuständige Sachverständigenausschuss des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) empfohlen. Acetylsalicylsäure (ASS), Ibuprofen, Diclofenac und Naproxen sollen danach nur noch für die Behandlungsdauer von vier Tagen verschreibungsfrei erhältlich sein. Größere Packungen fielen dann unter die Rezeptpflicht. Damit folgte der Ausschuss einem Antrag aus dem BfArM. BfArM-Präsident Prof. Walter Schwerdtfeger verwies in einer Stellungnahme auf die möglichen gesundheitlichen Wirkungen, die der lange OTC-Analgetika-Gebrauch haben kann. „Viele Patienten sind diese Risiken aber nicht ausreichend bewusst“, sagte er. „Eine Begrenzung der Packungsgrößen ist deshalb ein wichtiger Schritt für mehr Sicherheit der Patienten.“ Für ASS könnten künftig maximal 24 Tabletten mit je 500 mg frei abgegeben werden, bei Diclofenac wären es 24 Tabletten à 12,5 mg, bei Ibuprofen und Naproxen je 12 Tabletten à 400 mg bzw. 250 mg. Einige Experten hatten bereits im Vorfeld der Entscheidung angemerkt, dass dennoch Missbrauch möglich sei. Es ließen sich weiterhin größere Mengen der Präparate in verschiedenen Apotheken beschaffen. Beim BfArM argumentiert man hingegen, dass mit dem 4-Tage-Prinzip vor allem ein Signal an die Verbraucher gesetzt wird, dass auch OTC-Analgetika schwerwiegende Nebenwirkungen haben können. Der Beschluss des Ausschusses ist allerdings nur eine Empfehlung. Damit die Änderungen greifen können, muss vom Bundesgesundheitsministerium die AMVV per Verordnung geändert werden.

Denis Nöbeler